

Gefahrenpotential von und Umgang mit politischem Islam

Der Vortrag begann mit einer ausführlichen Begriffsklärung, die nicht nur als Einstieg in die Thematik vorgesehen war, sondern überhaupt für das Verständnis der diametralen Diskurslinien um den politischen Islam unerlässlich schien. Der Referent stellte bereits zu Beginn fest, dass die hierzulande heftig geführte, öffentliche Islamdebatte in ihren Strukturen ohne die Entstehungsgeschichte des Phänomens und des Begriffs nicht verstanden werden könne. Sein geschichtlicher Umriss erinnerte an die vorangegangenen Begriffe wie den islamischen Fundamentalismus, Dschihadismus, Salafismus, Wahhabismus und Islamismus, die je nach weltpolitischem Geschehen abwechselnd in Mode gekommen waren, sich für kurze Zeit behaupten konnten und von neueren mehr oder weniger verdrängt wurden. So entstand ein begrifflicher und inhaltlicher Wirrwarr, in dem der politische Islam teils mit gleichen oder ähnlichen, teils ideologisch überzogenen Inhalten mit übrigen Begriffen belegt wird.

Gegenwärtig findet ein akademischer Streit vor allem darüber statt, wofür Islamismus und politischer Islam stehen, ob und wie diese voneinander differenziert werden sollten. Einerseits sei der Begriff *Politischer Islam* gerade dafür geeignet, die religiös aktiven Bewegungen und Akteure des Arabischen Frühlings (allen voran die Muslimbrüder) oder etwa der Machtkämpfe in der türkischen Politik zu erfassen, weil diese sich auf die „demokratischen“ Spielregeln einließen und daher mit den Begriffen Salafismus, Dschihadismus oder etwa mit Fundamentalismus nicht beschreiben ließen. Andererseits sei bereits der Ausdruck *Islamismus* für diese Phänomene im Gebrauch, so dass sich kein gegenständlicher Unterschied ergebe. Die Versuche, diese Begrifflichkeiten einer analytischen Hierarchie zu unterziehen, indem der Islamismus als Oberbegriff für alle muslimischen Radikalismen verwendet und der politische Islam auf die Herrschaftsideologie begrenzt wird, scheitern schließlich an ihrer empirischen Operationalisierung. Denn die politischen Aktivitäten ließen sich wiederum nicht einzig auf eine Herrschaftsideologie beschränken, die auf die Errichtung eines islamischen Staats bzw. einer islamischen Gesellschaftsordnung fokussiert wäre. Andernfalls sei der Ausdruck des politischen Islams für den europäischen Raum kaum verwendbar.

Alles in Allem besteht eine begriffliche Unbestimmtheit, die furchtbaren Gewalttaten und die ernst zu nehmenden Gefahren, die von extremistischen und radikalen Muslimen ausgehen, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, ohne die große Masse der Muslime unter Verdacht zu nehmen. Gerade die öffentlichen Gebrauchszusammenhänge des Begriffs des politischen Islams hätten aber ein großes Verhetzungspotential. Auch wenn die Fachwelt bemüht ist, vor

Pauschalisierungen und einem Generalverdacht zu warnen, machen die öffentliche und Teile der akademischen Debatte den gegenständlich unbestimmten politischen Islam zur „Projektionsfläche für Feindbilder und muslimfeindliche Ängste – also potentiell zu einem Instrument des Populismus“. Er sei zu einem *Kampfbegriff* (Christian Meier) bzw. zu einem *Kunstbegriff* für Islamhasser (Abdel-Hakim Ourghi) geworden.

Die öffentliche Popularität des Phänomens des politischen Islams sei auf das angenommene Gefahrenpotential zurückzuführen, das keineswegs auszuschließen sei. Vor dem Hintergrund der großen Bandbreite der Beschreibungen sei jedoch nicht einfach, das Gefahrenpotential, das aus dem politischen Islam ausgeht, genau zu bestimmen. Es sei von der Begriffsbelegung abhängig, ob sich dahinter extremistisch-gewalttätige Radikalismen, die die Sicherheitsbehörden in Alarmbereitschaft versetzten, verbergen oder politische Gesinnungen und Aktivitäten, die im Rahmen der demokratischen Grundordnung nicht nur zulässig, sondern darüber hinaus als partizipatorische Leistungen willkommen wären. Alle vorfindlichen Verdächtigungen, er sei ein großes Sicherheitsrisiko, weil er schuld sei an Radikalisierung, Gewaltverherrlichung, Gewaltanwendung, unterstütze oder erzeuge Terror, unterwandere den demokratischen Rechtsstaat, gefährde die Demokratie und islamisiere gar das Abendland u.v.m., können dem politischen Islam ohne eine klare Abgrenzung des Gegenstandes nicht angelastet werden. Die Einschätzung, ob, welches und in welcher Intensität das Gefahrenpotential ausgeschöpft wird, hänge vom Verständnis des politischen Islam ab.

Genauso bestimme das Verständnis die Umgangsformen mit ihm. Die Unterschiede in der Beschreibung und in der Einschätzung des Sicherheitsrisikos zeigten sich bereits in der Praxis der Regierungen und Sicherheitsbehörden. In der EU seien auch keine formalen Richtlinien oder Empfehlungen für eine angemessene Begegnungsart veröffentlicht worden. Der Referent wollte trotz dieses Dilemmas die Frage so nicht offen stehen lassen. Er sprach für einen im Grundsatz liberal-demokratischen Umgang aus; unter der Voraussetzung, dass die Gewalt und Gewaltverherrlichung ohne Wenn und Aber abgelehnt wird. Im Falle der nicht akuten Gefahr gelte seine Präferenz für einen unermüdlichen, verstärkt diskursiv-hermeneutischen Dialog, um zu zeigen, dass die Schöpfung Gottes viel komplexer ist, dass die eigene Sicht bewusst oder unbewusst einem schleichenden Wandel unterliegt, und dass schließlich die große Faktizität über die eigene Normativität obsiege, daher man sich stets über den eigenen Standpunkt vergewissern muss.